Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile für Anzeigen aus Auer und Umgegend 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 35 Pfennige, Reklamezeile 90 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 60 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1066

Nr. 291 — Freitag, den 14. Dezember 1928 — 23. Jahrgang

Vor der Antwort

Die alliierte Antwort in der Reparationsfrage

Wie Reuter erfährt, ist zwischen den alliierten Regierungen Uebereinstimmung hinsichtlich der Antwort auf das deutsche Memorandum vom 30. Oktober erzielt worden. Es verlautet, daß der deutschen Regierung von der Antwort in allgemeinen Umrissen bereits Kenntnis gegeben worden ist. Sobald Gewißheit darüber vorliegt, daß die Antwort von der deutschen Regierung als annehmbar betrachtet wird, werden wahrscheinlich die diplomatischen Vertreter der alliierten Mächte in Berlin identische Noten im Sinne des Poincareschen Entwurfes überreichen.

Besprechungen

Die Besprechung, die gestern abend zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem französischen Minister des Aeußeren Briand in Fortsetzung ihrer ersten Besprechung stattfand und anderthalb Stunden dauerte, verlief wieder in sehr freundschaftlicher Form. Die Besprechungen werden fortgesetzt. Die heutige Zusammenkunft galt einer allgemeinen Erörterung der deutsch-französischen Politik und ihrer Weiterentwicklung.

Unmittelbar nach seiner Unterredung mit Dr. Stresemann stattete Briand dem englischen Minister des Auswärtigen noch einen Besuch ab, der etwa eine Viertelstunde dauerte.

Die Zusammenkunft Grandi-Briand

Während die französische Presse über die Zusammenkunft des italienischen Unterstaatssekretärs Grandi mit dem französischen Außenminister Briand allerlei Nachrichten in die Welt setzt über einen Freundschaftsvertrag zwischen Frankreich und Italien und eine Regelung der Frage der Italiener sowohl in Tunis als an der südtripolitanischen Grenze, erklärt „Popolo di Roma" in einem Telegramm aus Lugano, daß auch in Lugano dergleichen verworrene Gerüchte verbreitet worden seien, daß aber solche Wunder von einem einfachen Gespräch zwischen zwei Staatsmännern nicht zu erwarten seien. Man könne nur sagen, daß das Gespräch zwischen Grandi und Briand keinen sensationellen Inhalt gehabt habe.

*

Der italienische Unterstaatssekretär des Aeußern Grandi, der in den letzten Tagen zahlreiche Besprechungen mit verschiedenen Delegationsführern in Lugano hatte, ist gestern abend nach Rom zurückgekehrt, von wo aus er nach einem kurzen Aufenthalt sofort nach Angora weiterreisen wird.

Vermittlung Argentiniens im Vanguardia-Konflikt

Nach einer in der vergangenen Nacht in Buenos Aires aufgegebenen Depesche der dortigen Zeitung „Nacion" an ihren Vertreter in Lugano hat die argentinische Regierung in einer gemeinsamen Besprechung mit den Vertretern von Uruguay, Paraguay und Bolivien die Möglichkeit einer argentinischen Vermittlung zur Lösung des Konfliktes zwischen Paraguay und Bolivien gefunden.

Krisis im Zentrumsturm?

Der Ausklang des Parteitags der Zentrumspartei in Köln machte nach außen hin einen harmonischen Eindruck. Nur wenigen fiel es auf, daß der frühere Reichskanzler Dr. Wirth am Schlusse des Parteitages seinen Koffer packte und abreiste, ohne die angekündete Rede in der großen öffentlichen Zentrumsversammlung Kölns zu halten. Eingeweihte wollen jedoch wissen, daß Dr. Wirth, der sich vor einigen Monaten eingehend mit Stegerwald aussprach, sich nachdrücklichst für dessen Kandidatur einsetzte und über den Ausgang der Wahl des Parteivorsitzenden wenig erbaut war.

Noch weniger davon erbaut war aber Stegerwald selbst. Es will schon etwas besagen, wenn der stellvertretende Vorsitzende der Reichstagsfraktion in einer öffentlichen Erklärung ganz offen von dem Abstieg seiner Partei spricht und in recht unverblümter Weise andeutet, daß nach seiner Ueberzeugung die Kölner Lösung den weiteren Abstieg der Partei nicht zu verhindern vermag.

Vor die Wahl gestellt, Vorsitzender der Zentrumsfraktion des Reichstages und Reichsminister zu werden, oder an der Spitze des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu stehen, hat Stegerwald allem Anschein nach die Wahl schon getroffen. Er war am Mittwoch im Reichstage nicht zu sehen und gute Freunde von ihm bezweifelten, ob er in der Fraktionssitzung am Donnerstag erscheinen werde, in der die Zentrumsfraktion das Reichstages ihren neuen Fraktionsvorsitzenden zu wählen gedachte. Die Fraktion beschloß aber, die Wahl des Fraktionsvorstandes zu verschieben bis nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages nach den Weihnachtsferien. Der bisherige geschäftsführende Fraktionsvorstand wurde gebeten, bis dahin die Geschäfte der Fraktionsleitung weiter zu führen.

Die Auseinandersetzungen im Zentrum

Der „Deutsche", das den christlichen Gewerkschaften und Stegerwald nahestehende Organ, kommt noch einmal auf die Vorgänge auf dem Kölner Parteitag des Zentrums zurück und betont, daß durch die Wahl des Prälaten Kaas und durch die Ablehnung Stegerwalds höchst bittere Gefühle in der Arbeiterschaft ausgelöst worden seien. Altes Mißtrauen sei wieder wach geworden, die Arbeiterschaft fühle eine Zurücksetzung ihres Standes, die sie in der Zentrumspartei überwunden glaubte. „Will man es der christlichen Arbeiterschaft übelnehmen", so heißt es in diesem Artikel, „wenn sie über die Ablehnung ihres Führers und über das ganze Drum und Dran empört ist. Ihr Führer war gut genug, die Partei ein Jahr lang durch eine üble Zeit hindurchzusteuern. Wie die Kumpels überhaupt gut genug sind, in den Ausschüssen und überall sich mit den Nöten und Notwendigkeiten der realen Politik zu beschäftigen. Es ist sehr viel leichter, in hohen und idealen Worten zu machen. An allen Ecken und Enden brennt uns die Not auf den Nägeln, und es ist weiß Gott keine leichte Verantwortung, welche die Realpolitiker tragen müssen. Wofür man ihnen nachher draußen im Lande zum Dank den Vorwurf macht, sie seien Interessenpolitiker und dergleichen. Wir würden vorschlagen, einmal den Herrn Prälaten Schreiber in den Steuerausschuß zu schicken oder den Führer der Windthorstbünde Dr. Krone Zölle mit beschließen zu lassen."

Das Preußenkonkordat aussichtslos!

Aus Kreisen, die der päpstlichen Nuntiatur in Berlin nahestehen, hört die „D. A. Z.", man betrachte das preußische Konkordat als einstweilen gescheitert. Begründet wird diese Auffassung mit dem Hinweis auf die Haltung der Deutschnationalen, die sich für gleichzeitigen Vertragsabschluß mit der evangelischen Kirche ausgesprochen haben, und dem Hinweis auf die Notwendigkeit, die bisherigen Abmachungen über das Konkordat ohne Aenderung zur Annahme zu bringen. Man hält die Möglichkeit, im preußischen Landtage eine Mehrheit für das bisherige Konkordat zu finden, anscheinend nicht mehr für gegeben.

In preußischen Zentrumskreisen ist man nach dem Blatt nicht ganz so pessimistischer Auffassung. Es hat den Anschein, als ob noch nicht alle parlamentarischen Möglichkeiten ausgeschöpft seien. Es sei anzunehmen, daß in Besprechungen des preußischen Kabinetts, die in den nächsten Tagen stattfinden sollen, die Lage einigermaßen geklärt wird.

Zweierlei Maß

Italienische Zeitungen nahmen scharf dagegen Stellung, daß die englische Verwaltung in Malta dazu übergegangen ist, italienische Straßennamen durch englische zu ersetzen, obwohl die Bevölkerung Maltas italienischen Stammes sei. — Wenn dagegen die deutsche Oeffentlichkeit sich darüber aufregt, daß im deutschen Südtirol deutsche, seit Jahrhunderten eingebürgerte Straßennamen italienisiert werden, so findet man das in Rom ganz in Ordnung. Das nennt man wirklich mit zweierlei Maß messen.

Ausfuhrpolitik ist notwendig

Sitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie

Präsidium, Vorstand und Hauptausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie hielten gestern unter dem Vorsitz des Industriellen Frowein-Elberfeld Sitzungen ab. Das Präsidium erörterte eingehend die Frage der Exportförderung und bekannte sich einstimmig zu der Auffassung, daß für Deutschland eine aktive und intensive Exportförderungspolitik eine dringende Notwendigkeit sei.

Keine Rückkehr Dr. Roldins.

Wie der „Tiroler Anzeiger" erfährt, entspricht die aus Bozen stammende Meldung von der Freilassung des südtiroler Rechtsanwalts Roldin nicht den Tatsachen. Roldin befindet sich weiter in Zwangsaufenthalt auf den Lipanischen Inseln.

Nachspiel in Kyritz.

Zum Kyritzer Prozeß wegen Landfriedensbruches wird es demnächst ein Nachspiel geben. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Vorsitzenden des Landbundes Ostprignitz, v. Jena, und den Geschäftsführer Gordes eine besondere Anklage wegen Aufforderung zum Steuerstreik erhoben.

Frau Clara Mende im Reichswirtschaftsministerium.

Im Reichswirtschaftsministerium ist ein Referat für Hauswirtschaft gegründet worden, das der früheren volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Frau Clara Mende übertragen worden ist.

Faust am Werk

Zeitglosse von Alexander v. Gleichen-Rußwurm

Indes wichtige Streitfragen die Aufmerksamkeit am meisten in Anspruch nehmen oder Sportrekorde sie in Atem halten, bleiben die interessantesten, märchenhaftesten Ereignisse der Zeit, die wohltätigen Eroberungen der Wissenschaft zumeist unbeachtet. Welche Freude hätte Goethe beseelt über friedliche Eroberungen, die in größtem Ausmaß Gegenden dem Blühen und Gedeihen zuführen, hätte er einen Zauberer Faust am Werke gesehen, Neuland zu gewinnen, wo sich die Wüste ewig zu erstrecken schien. Der Kampf geht hauptsächlich um das Wasser oder gegen das Wasser.

Die Niederlande gaben das Beispiel mit der Eroberung des Zuidersees, die durchaus an Fausts letzten Traum erinnert, Preußen hat den Oderbruch trocken gelegt, Frankreich geht daran, zwei berüchtigte Wüstenseien La Crau und La Camargue in fruchtbare Gegenden zu verwandeln. Im Altertum hieß La Crau, eine Steingeröllablagerung zwischen Lyon und Marseille, „das steinerne Feld", über dessen achtzigtausend Hektar im Sommer glühende Südsonne brennt, im Winter eisige Winde fegen. Nun wird ein Werk erbaut, Wasser aus der Rhone über die Steinwüste zu leiten, damit fruchtbarer Boden gewonnen wird. Noch schwerer zu bändigen ist das sumpfige und salzhaltige Rhonedelta „La Camargue". Auch diese Lagunen sollen mit süßem Wasser versehen und von der salzhaltigen Flut befreit werden. Die Kraft wird der Erzfeind des Landes, ein gefürchteter Dämon, liefern: man will den Mistral, den wütenden Sturm, zur Nützlichkeit zwingen.

Weite Strecken in Spanien glichen wasserlos und entwaldet bisher einer Mondlandschaft. Zwar sind immer wieder Pläne aufgetaucht, sie durch Bewässerung fruchtbar zu machen. Doch die Cortes begnügten sich damit, die Sache zu beraten, und sie erstickte stets in Papier und Parteizwistigkeiten (ähnlich wie heilsame Pläne in Deutschland. Es bedurfte in Spanien der Energie und Machtvollkommenheit des Diktators Primo de Rivera, der mit einem an Faust erinnernden Enthusiasmus das Werk anfaßte, um die großen Dinge vorzubereiten, die in absehbarer Zeit Spaniens Wirtschaftsleben völlig umgestalten dürfen. Ein eigenes Ministerium, in dessen Geschäfte sich die anderen Ministerien nicht mischen dürfen, nahm unter Leitung des Diktators die Arbeit in die Hand, um die Wasserkräfte der Gebirgsflüsse auf elektrischem Wege nutzbar zu machen und den Segen der Fruchtbarkeit weithin auszubreiten durch Bewässerungsanlagen, wie sie auf der Halbinsel seit den Tagen der Araber nicht mehr entstanden.

Auch Italien entwässert in großem Ausmaß seine Sumpfgegenden. Diesen Arbeiten, die der Landwirtschaft neue Gebiete erschließen, folgen weitgehende Verbesserungen der Kulturarbeiten an Feld und Wald, von bedeutenden Gelehrten geleitet. Italien erinnert sich der guten Lehren eines Cato, eines Virgil in der „Georgica"; man schätzt die Landwirtschaft und erkennt deren Wert. Welch grausamer Unterschied mit anderen Ländern! Stiefmütterlich wird die heilige Scholle in Deutschland behandelt und betrachtet!

Selbst Griechenland beginnt große Kulturarbeiten; mit Hilfe Amerikas wird das bis zur Tragikomik wasserarme Athen so mit Wasser versorgt, wie es einst im klassischen Altertum gewesen. Bis jetzt wurde Trink- und Waschwasser teuer gekauft und deshalb sehr sparsam verwendet; man holte es noch immer aus der Quelle, die Kaiser Hadrian am Anfang unserer Zeitrechnung im Aquädukt nach Athen geleitet hatte. Aber diese Quelle gab so wenig her, daß man nur alle vier Tage das Sammelbecken füllen konnte und die daran angeschlossenen Teilnehmer ihre Handpumpen nicht länger als zwanzig Minuten in Bewegung setzen durften. So entstand manche homerische Wortschlacht zwischen den Nachbarn. Jetzt bauen die Amerikaner ein großes Stauwerk, den Damm von Marathon, unweit des historischen Schlachtfeldes, um dem wasserarmen Attika mit Athen auf moderne Weise genügend Wasser zu verschaffen.

Immer nachdrücklicher setzen sich die Pläne faustischer Naturen durch, die Erdoberfläche nach dem Ebenbilde „des kleinen Gottes dieser Welt" zu gestalten. Natürlich gibt es auch frevelhaft groteske Phantasien, wie jene eines Italieners, der das Projekt in den Tag warf, die Adria auszutrocknen, jenes Meer dem Aphrodite entstieg. Besser klingt ein anderer Plan, der in Kairo vorliegt und die ägyptische Regierung zu ernstem Nachdenken veranlaßt, der Plan, die libysche Wüste unter Wasser zu setzen. Dieser Gedanke ist besonders deshalb ausführbar, weil die Wüste tiefer als der Meeresspiegel liegt, was von einer Patrouille im Weltkrieg zufällig festgestellt und nun genau nachgemessen wurde. Der See würde ungefähr ein Gebiet von der Größe der Schweiz bedecken und große, ergiebige Wasserkräfte liefern. Die Wüste — Wasserkraft liefernd, ein durchaus moderner Plan, dessen Verwirklichung nahe steht, sobald die Geldfrage geregelt ist. Aegypten würde sich durch dieses Werk von der Herrschaft der Kohle befreien. Jeder Gewinn an Wasserkraft bedeutet eine revolutionäre Tat gegenüber der Knechtschaft, die seit dem 19. Jahrhundert die Kohle der zivilisierten Welt auferlegt hat. Er bedeutet das göttliche Triumphgefühl eines faustischen Schöpfertums.

Die Sonderfürsorge für berufsübliche Arbeitslosigkeit.

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages fand mit schwacher Mehrheit diese Regierungsvorlage die Zustimmung des Ausschusses, und zwar mit der Aenderung, daß das Gesetz bis zum 30. September 1929 befristet wird. Da die Vorlage zugleich die Bewilligung von 28 Millionen RM vorsieht, also finanzielle Auswirkungen hat, muß sie auch noch die Zustimmung des Haushaltausschusses finden, der sich am Donnerstag damit beschäftigen wird.

SLUB
Wir führen Wissen.